Öffentliche Banken

Immer wieder Heta

Der Bundesverband Öffentlicher Banken hat auch im zweiten Quartal 2015 eine Reihe von Positionen zur Banken- und Finanzmarktregulierung auf der Agenda, die für den Dialog mit Politik, Aufsicht Verwaltung und Medien in einer übersichtlichen Broschüre zusammengefasst werden. Viele der aufgegriffenen Themen gehören dabei zu den seit Längerem laufenden Gesetzes- und Regulierungsvorhaben der nationalen und internationalen Instanzen, die nach teils langen Grundsatzdiskussionen einem mindestens ebenso zähen Umsetzungsgerangel unterliegen. Je nach Stand der aktuellen Beschlusslage rückt mal der eine und dann wieder der andere Aspekt stärker in den Mittelpunkt.

Dass zuletzt die Dringlichkeit einer Regulierung von Nichtbanken gestiegen ist, stellt der VÖB angesichts der Aktivitäten von solchen Vehikeln im Kredit- und Geldmarktgeschäft, beim Peer to Peer Lending und in der Verbriefung keineswegs in Abrede. Aber gerade weil er die Gefahr einer Abwanderung in solche Bereiche nicht verkennt, warnt er davor, die Nichtbanken durch eine Betrachtung der Schnittstellen zur Kreditwirtschaft erfassen zu wollen. Denn Letztere sieht er ohnehin schon so stark reguliert, dass weitere Meldeanforderungen kontraproduktiv wirken und die Branche sogar der Gefahr von weiteren Geschäftsverlagerungen aussetzen würde. Es bleibt an dieser Stelle allerdings beim allgemeinen Hinweis auf die Gefahr von noch mehr unkontrollierbaren Aktivitäten der Nichtbanken. Anhand welcher konkreten Kriterien und Maßstäbe man diese direkt regulieren sollte, bleibt dem Einfallsreichtum der Aufsichtsbehörden überlassen.

Offen und eher positiv beurteilen die öffentlichen Banken den aktuellen Diskussionsstand um eine europäische Kapitalmarktunion. Sollten die letztlich festgelegten Rahmenbedingungen tatsächlich die Kreditversorgung und Kapitalmarktfinanzierung, wie von der EU-Kommission signalisiert, als gleichberechtigte Säulen der Mittelstandsfinanzierung verankern, dürfen die Banken sich im Wettbewerb um den Mittelstand gute Chancen ausrechnen, etwa mit Angeboten von Schuldscheinen in ganz Europa.

Mit ihrer skeptischen Haltung zur Umsetzung des Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) stehen die öffentlichen Banken nicht allein. Auch die EU-Aufsicht will sicher keine einheitlichen Geschäftsmodelle, aber ihre Regulierungspraxis mit einer klaren Hinwendung zu quantitativen Kriterien und dem Verzicht auf eine qualitative Note könnte genau dazu führen. Die Debatte um den Erhalt von Vielfalt in der europäischen Bankenlandschaft wird deshalb sicherlich die kommenden Jahre bestimmen.

Den mit Abstand größten Raum für Emotionen bietet auch dem VÖB nach wie vor Heta in Österreich. Der HGAA Auffanggesellschaft einseitig einen Schuldenschnitt zu verordnen, wird angesichts der möglichen Folgewirkungen für das Vertrauen in den Wert staatlicher Garantien insgesamt als Höhepunkt des europäischen Egoismus bezeichnet. Gerade die öffentlich-rechtlichen Banken mit Kapitalmarktaktivitäten müssen befürchten, dass Heta mit all seiner Öffentlichkeitswirksamkeit im Laufe eines langen juristischen Nachspiels zu einem Präzedenzfall werden könnte, der ihre Refinanzierung allgemein verteuert. Entsprechend klar wird vonseiten des VÖB die Forderung an die Entscheidungsorgane der europäischen Ebene nach Sanktionen formuliert.

Soweit der deutsche Rechtsrahmen betroffen ist, brachte Gunter Dunkel mit Blick auf eine unabsehbar lange Prozessdauer zudem den § 288 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches ins Spiel, der die Verzugszinsen regelt. Diese betragen demnach für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem Basiszinssatz. Aktuell bedeutet das angesichts des von der Bundesbank Anfang des Jahres auf minus 0,83 Prozent festgelegten Basiszinssatzes immerhin 4,17 Prozent. Am Kapitalmarkt ist eine solche Rendite derzeit gar nicht so leicht zu erzielen.

Genossenschaftsbanken

Vorzeigbar

„Der genossenschaftliche Finanzverbund ist eine der erfolgreichsten Banken in Europa." „Die DZ Bank hat mit AA- gemeinsam mit HSBC und Rabobank das beste Bankenrating aller europäischen Institute." „Die Digitalisierung ist keine Bedrohung, sondern eine Chance, die Kunden noch enger an den Verbund zu binden." „Die DZ Bank im Rahmen des Trennbankengesetzes aufzuspalten wäre fatal. Ich hoffe sehr, dass die deutsche Politik den Wert, den diese Bank und dieser Verbund haben, nicht opfert." Man würde dieses Plädoyer für den genossenschaftlichen Finanzverbund natürlich dem Präsidenten Uwe Fröhlich zuschreiben. Gesagt hat die starken Worte aber DZ-Bank-Chef Wolfgang Kirsch.

Das zeigt zum einen, wie eng Verbands- und Zentralbankspitze inzwischen zusammengerückt sind,

was es so früher unter anderen handelnden Personen wohl kaum gegeben hätte. Zum anderen ist es aber Ausdruck der gefühlten Stärke aller Beteiligten und des Willens, die Herausforderungen schnell, konzentriert und gemeinsam anzugehen.

In der Tat läuft bei den Kreditgenossen im Allgemeinen und der DZ Bank im Speziellen derzeit sehr viel sehr rund. Die Umstellung der Einlagensicherung nach europäischen Vorschriften erfolgte sehr viel geräuschloser als bei der zweiten großen Verbundgruppe, wo wochenlanges Gerangel nicht nur die Position des Präsidenten, sondern der Gruppe insgesamt schwächte. Diskussionen, ob die Zentralbanken DZ Bank und WGZ Bank in die gesamtgenossenschaftliche Einlagensicherung hineingehören, gab es jedenfalls keine. Auch im Konsortialgeschäft würden die Primärbanken das Spitzeninstitut gerne und öfter als früher hinzuziehen, obwohl die Volks- und Raiffeisenbanken selbst ordentlich mit Liquidität ausgestattet sind. Die Ergebnisse für die gesamte Gruppe sind solide und stabil. Die DZ Bank hat bereits im ersten Quartal mehr als die Hälfte der für das Gesamtjahr prognostizierten 1,5 Milliarden Euro Gewinn verdient, trotz einer Belastung durch die Bankenabgabe von rund 140 Millionen Euro.

Da gibt es wahrlich wenig, worüber man meckern könnte. Ein paar Punkte fand Wolfgang Kirsch vor dem Internationalen Club Frankfurter Wirtschaftsjournalisten aber dennoch. Zum einen die europäische Rettungspolitik. „Die Geldpolitik löst in den Staaten allgemeines Erschlaffen aus, es wäre an der Zeit, die Staaten auf ein Ende der Politik billigen Geldes hinzuweisen und so einen Stachel in das reformfaule Fleisch zu treiben", so der DZ-Bank-Chef. Dann natürlich die enorm steigenden Anforderungen an das Reporting, den Haftungsverbund und die Bilanzierung, die auch in einer Gruppe möglichst homogen abgebildet werden sollen. Wo ist da noch der Unterschied, zumindest nach außen, zum Konzern?

Wolfgang Kirsch will die feinen Differenzen immer ganz genau und glaubhaft erklären und leben, gerade in Richtung EZB. Ein klein wenig Dissens zu Fröhlich könnte bei seinen Ansichten zur künftigen Verbandslandschaft entstehen, denn hier sieht Kirsch keineswegs bereits das Optimum erreicht. Ausgehend von den auch für die Regional- und Bundesverbände schwieriger werdenden Rahmenbedingungen, beispielsweise durch teurere Pensionsrückstellungen und Fusionen auf Ortsbankenebene, die Einnahmen schmelzen lassen, hofft er am Ende auf eine bessere Lösung als die heutige. Allerdings, und das mag wieder besänftigen, müsse dieser Prozess von Berlin aus angestoßen werden. Und hier sitzen der BVR und der DGRV mit ihren Präsidenten.

Förderbanken I

Rentenbank: Der Blick nach Stuttgart

Die Landwirtschaftliche Rentenbank wurde 1949 durch Gesetz als zentrales Refinanzierungsinstitut für die Land- und Ernährungswirtschaft mit Sitz in Frankfurt am Main errichtet. Im Jahr 2014 feierte sie ihr 65. Gründungsjubiläum. Eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit gedeiht der Förderbank dank ihres soliden Geschäftsmodells traditionell nur einmal im Jahr an – bei der Vorstellung der Bilanzzahlen des Vorjahres. Von sich aus sorgt sie eher selten für Schlagzeilen. Das Kreditinstitut steht mit einer Bilanzsumme nach IFRS für das Jahr 2014 von 88,8 Milliarden Euro aber aufgrund äußerer Umstände seit einigen Monaten vermehrt unter den Blicken der Öffentlichkeit. Denn es gehört zu den 24 deutschen Kreditinstituten, die sich unter direkter Beobachtung durch die europäische Bankenaufsicht befinden. Die Teilnahme am Asset Quality Review der EZB und die direkte Beaufsichtigung durch die Notenbank seit November 2014 ist für die Bank mit hohem verwaltungstechnischem und finanziellem Aufwand verbunden.

Dass sich die Verantwortlichen dabei nicht immer wohl und verstanden fühlen, klang bereits bei ihrem Jahrespressegespräch vor zwölf Monaten an – als die Rede war von Tabellen, die für die EZB auszufüllen waren, auf denen die entsprechenden Spalten für ihre über Ortsbanken ausgereichten Kredite aber komplett fehlten. Auch in diesem Jahr nennt der Vorstandssprecher Horst Reinhardt Beispiele für Situationen, in denen die Frage „Passt das zu uns?" durchaus im Raum steht: Eine hohe Abhängigkeit von der Kapitalmarktfinanzierung wird von der Aufsicht unter dem üblichen Raster als risikoreich eingestuft. Bei der Rentenbank beträgt diese Quote 100 Prozent, denn sie refinanziert sich durch Emission von Wertpapieren am Kapitalmarkt. Diese Verbindlichkeiten sind voll durch den Bund garantiert – die Garantie wurde gar im Januar 2014 ausdrücklich in das Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank aufgenommen. Auch wenn das Beispiel Heta zumindest für Österreich gezeigt hat, dass derlei Garantien nicht in Stein gemeißelt sind: Dass von dem Institut überhöhte Risiken für das Bankensystem ausgehen, muss man derzeit eher nicht annehmen.

Dementsprechend interessiert richtet sich der Blick der Rentenbank-Führungsriege dieser Tage gen Stuttgart. Dort geht bekanntermaßen die baden-württembergische Förderbank L-Bank gerichtlich gegen ihre Einordnung unter eine direkte Beaufsichtigung durch die EZB vor. Das fällt einer Landes-Förderbank unter einer rot-grünen Regierung

sicher deutlich leichter als einer bundeseigenen Anstalt, die der Fachaufsicht des Bundesfinanzministeriums unterliegt. Einen „leichten Hoffnungsschimmer" sieht Reinhardt nun dahingehend, dass die Rentenbank vom Vorgehen der L-Bank und eventuell einer grundsätzlichen Entscheidung zur EZB-Beaufsichtigung von Förderbanken profitieren kann. Dennoch geht er jedoch davon aus, dass seine Bank für eine „Reihe von Jahren" der EZB-Aufsicht unterliegen wird.

Für das Geschäftsjahr 2014 bilanziert das Institut sowohl nach HGB (für die Rentenbank) als auch nach IFRS (Konzern), wobei die Bedeutung der konsolidierten Tochterunternehmen als gering eingeschätzt wird. Die Zahlen der Rentenbank können einmal mehr als Beleg für die Volatilität der Rechnungslegung nach IFRS gelesen werden. Nach HGB erhöhte sich die Bilanzsumme 2014 gegenüber dem Vorjahr auf 80,1 (78,3) Millionen Euro, die Bilanzsumme nach IFRS stieg von 81,9 Milliarden Euro auf 88,8 Milliarden Euro an. Sein operatives IFRS-Ergebnis weist das Unternehmen mit 243,9 (238,8) Millionen Euro im Konzern aus. Der Konzern-Jahresüberschuss reduzierte sich deutlich auf 60,4 Millionen Euro nach 460,0 Millionen Euro im Vorjahr. Der Jahresüberschuss nach HGB belief sich hingegen relativ konstant auf 55 Millionen Euro nach 53 Millionen Euro im Vorjahr. Maßgeblich für die Schwankung im IFRS-Abschluss war vor allem ein negatives Ergebnis aus Fair-Value- und Hedge-Bewertung in Höhe von minus 183,5 (221,2) Millionen Euro. Dieser Posten, der die Bewertung der zur Absicherung getätigten Geschäfte der Bank zusammenfasst, läuft je nach Marktsituation einmal deutlich in die eine Richtung, ein anderes Mal deutlich in die andere.

Förderbanken II

WI-Bank: Langweiligkeit als Gütesiegel

Wenn ein Politiker die Langweiligkeit einer von ihm beaufsichtigten Landesförderbank als Gütesiegel hervorhebt, dann mag das als freiwilliger Verzicht auf Imagebildung durch positive Schlagzeilen empfunden werden. Mit Blick auf die WI-Bank sieht der hessische Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung das offensichtlich anders. Tarek Al-Wazir fühlte sich in seiner Rolle als Vorsitzender des für die Geschäftspolitik und Überwachung des Fördergeschäftes zuständigen Wirtschafts- und Infrastrukturbank-Ausschusses der WI-Bank sichtlich wohl, mit einem leichten Zwinkern die vermeintlich unspektakulären Aktivitäten der Förderbank zu erläutern. Die vier Geschäftsfelder Gründen und Wachsen, Versorgen und Modernisieren, Bauen und Wohnen sowie Bilden und Beschäftigen erfordern weder das ganz große Volumen noch produzieren sie die ganz großen Schlagzeilen. Aber mit einem Neugeschäftsvolumen von 2,224 Milliarden Euro durften sich der zuständige Minister wie auch Hans-Dieter Brenner als verantwortlicher Dezernent der Helaba für die rechtlich unselbstständige, wirtschaftlich und organisatorisch selbstständige Anstalt in der Anstalt mit der Entwicklung sehr zufrieden zeigen.

Mit knapp 1,25 Milliarden Euro sind dabei 56 Prozent des Neugeschäftes in die allgemeine und soziale Infrastruktur sowie den Umweltschutz und Energie geflossen. Der zweitgrößte Anteil entfiel mit 637,3 Millionen Euro oder 29 Prozent auf die Bereiche Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen und landwirtschaftlicher Betriebe. 300,5 Millionen Euro oder 13 Prozent kamen Privatpersonen und Wohnungsbaugesellschaften für Wohneigentum, Mietwohnungen und Stadtentwicklung zugute. Und 2 Prozent (41 Millionen Euro) wurden Unternehmen und Vereinen für die berufliche Bildung, für die hessische Arbeitsmarktpolitik und die Regionalförderung zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln werden die Strukturen der Landesentwicklung mit einer gezielten Feinsteuerung oft über die Durchleitung der Banken in die landespolitisch gewünschte Richtung gelenkt – etwa zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums in Ballungsräumen für bestimmte Berufsgruppen.

Besonders am Herzen liegen dem Minister die Mikrodarlehen in Höhe von 3000 bis zu 15000 Euro, die ohne dieses spezielle Programm der Förderbank nicht zustande kommen könnten, weil sie der Risikolage und/oder dem Volumen nach von der Kreditwirtschaft als nicht lohnend eingestuft werden. Im Berichtsjahr sind 59 solcher Projekte mit einem Fördervolumen von insgesamt 750000 Euro gefördert worden, im laufenden Jahr gab es bislang 18 Anträge mit einem Volumen von 250000 Euro. Die beantragte Darlehenssumme, so zeigt diese Entwicklung, lag zuletzt jeweils nahe am Förderhöchstbetrag. Nicht zuletzt dank der bisherigen Erfahrungen einer niedrigen Ausfallrate von bisher nur einem Projekt wird der Förderhöchstbetrag Mitte dieses Jahres auf 25000 Euro angehoben.

Zwei derzeit vieldiskutierte Aspekte spielten bei der WI-Bank übrigens eine untergeordnete Rolle. Statt Überlegungen zu negativen Kreditzinsen anzustellen, wie das kürzlich die KfW in die Debatte eingebracht hat, will sich die WI-Bank lieber neue Wege überlegen, um die günstigen Bedingungen zur Refinanzierung bei der Erfüllung des Förderauftrags umzusetzen. Gedacht wird beispielsweise an neue Förderimpulse in der Gründungs- und Beteiligungsfinanzierung. Auch die Frage der Regu-

lierung bereitet unter dem Dach der Helaba keine größere Sorge. Die WI-Bank legt an dieser Stelle Wert auf eine Einordnung als Förderinstitut im Sinne der sogenannten Brüsseler Verständigung II mit unmittelbarer Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Und mit einer um 9,7 Prozent auf 15,9 Milliarden Euro gewachsenen Bilanzsumme wäre die Bank ohnehin weit von der für die EZB-Bankenaufsicht relevanten 30-Milliarden-Euro-Grenze entfernt, die mit der NRW-Bank und der L-Bank zwei rechtlich anders aufgestellte Landesförderbanken sehr zu ihrem Leidwesen unter das direkte EZB-Regime geführt haben und Letztere kürzlich sogar zu einer Klage vor dem EuGH gegen die direkte EZB-Aufsicht bewogen hat.

Sparkassen

Wiesbadener Zukunftsbewältigung

Stolze 175 Jahre wurde die Naspa Anfang dieses Jahres. Diesen feinen Anlass nutzten die Wiesbadener nicht nur zum Feiern, sondern stellten auch gleich den gesamten Auftritt vom alten Orange-Gelb der Nassauer auf das Sparkassen-Rot um. Da passt es natürlich gut, dass auch das abgelaufene Geschäftsjahr außerordentlich glänzt und sich somit einem Jubilar als würdig erweist. Das Ergebnis von 28,9 Millionen Euro ist nicht nur eine Steigerung zum Vorjahreswert um eine Million Euro, sondern stellt zudem das beste Ergebnis in der langen und wechselhaften Geschichte der Naspa dar. Gegründet als Sparkasse (Herzoglich-Nassauische Landes-Credit-Casse) wurde dieses Institut zunächst 1848 zu einer Landesbank umgewandelt, unter der Herrschaft der Preußen 1870 wieder in eine Landesbank und eine Sparkasse aufgespalten, bevor 1953 der Landesbankteil durch Fusion mit der Hessischen Landesbank und der Landeskreditkasse Kassel zur neuen Hessischen Landesbank Girozentrale fusioniert wurde. Das ist nicht nur schöne Vergangenheit, sondern spiegelt sich zum Teil auch heute noch wider.

Die die Naspa so belastenden Pensionsrückstellungen beispielsweise resultieren zum Teil noch aus der Zeit der Landesbank, die ein eigenes Pensionswerk hatte, im Unterschied zu den meisten Sparkassen. Rund 140 Millionen Euro hat die Naspa in den vergangenen Jahren für die Pensionsverpflichtungen zurückgestellt, um zukünftige Belastungen zu reduzieren. Allein 2014 waren es 50 Millionen Euro. Das schmälert nicht nur die Ergebnisse, sondern vor allem auch die Möglichkeit zur Eigenkapitalbildung durch Thesaurierung von Gewinnen. Entsprechend sieht die Naspa im „unbereinigten" Vergleich mit den übrigen öffentlich-rechtlichen Instituten immer ein wenig schlechter aus, als dies ohne diese Belastungen der Fall wäre.

„Operativ sind wir von den Abstiegsrängen auf die Champions-League-Plätze vorgerückt", sagt Naspa-Vorstandschef Stefan Ziegler denn auch mit Stolz. Das betriebswirtschaftliche Ergebnis, in dem die Naspa diese Faktoren ausklammert, um sich mit anderen Sparkassen vergleichen zu können, ist im abgelaufenen Geschäftsjahr vor Bewertung auf 111,7 (im Vorjahr: 107,2) Millionen Euro gestiegen. Nach Bewertung fällt der Sprung durch Zuschreibungen von 6,7 Millionen Euro sogar noch größer aus, hier stehen 118,6 (98,3) Millionen Euro zu Buche. Während der Aufwand nahezu unverändert blieb, legten sowohl Zinsüberschuss als auch Provisionsüberschuss leicht zu. Zu berücksichtigen ist auch noch der Rückkauf von Zinsswaps im Volumen von 32 Millionen Euro, die die GuV 2014 belasten, künftige Ergebnisrechnungen aber durch geringere Zinszahlungen entlasten.

Der Ausblick auf das laufende Geschäftsjahr ist trotz aller Vorkehrungen eingetrübt. Ziegler erwartet Stand April 2015 ein Ergebnis von 10,6 Millionen Euro, was fast einem Rückgang um zwei Drittel entspricht. Ganz so ernst sollte man diese Prognose aber nicht nehmen. Zwar werden die Aufwendungen durch Jubiläum und Farbwechsel steigen. Und auch im Zinsgeschäft werden die Margen sicherlich nicht sprunghaft zunehmen. Allerdings sind in diesen Schätzungen auch die Standardrisikokosten von 29 Millionen Euro angesetzt, die allenfalls bei einem massiven, schockbedingten Konjunktureinbruch realistisch wären. Zudem wird sich der Vorstandschef damit nicht zufriedengeben und hat sicherlich noch die ein oder andere Idee zur Zukunftsgestaltung. Denn wer ihn kennt, der weiß, dass er lieber positiv überrascht als enttäuscht.

Europäische Kapitalmarktunion

Wunschdenken – oder mehr?

Mitte Februar 2015 präsentierte die Europäische Kommission ein Grünbuch zur Kapitalmarktunion. Diese ist als Ergänzung zur Bankenunion zu sehen. So geht mit Schaffung der Kapitalmarktunion in den kommenden fünf Jahren der schrittweise Abbau der Fragmentierung der Finanzmärkte einher. Erreicht werden soll dies anhand von drei Zielen. Erstens: Ausweitung und Diversifizierung der Finanzierungsquellen in Bezug auf europäische wie internationale Anleger; zweitens: Stärkung kostengünstiger, grenzüberschreitender Kapitalflüsse; und,

von besonderer Relevanz, drittens: Verbesserung des Zugangs kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zu Finanzmitteln. Am Ende dieses Prozesses steht die Schaffung eines grenzüberschreitenden europäischen Kapitalmarktes der 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Die Europäische Kommission drängt also auf eine zunehmend bankenunabhängige Finanzierung von KMU. Zu diesem Zweck propagiert sie die (Wieder-)Belebung des Marktes für Verbriefungen. In Anbetracht der Tatsache, dass das klassische Bankdarlehen für mehr als 60 Prozent aller KMU die ausschlaggebende Finanzierungsquelle darstellt, Schuldverschreibungen jedoch nur für 5 Prozent überhaupt Relevanz besitzen, ist dies zweifelsohne ein Schritt in die richtige Richtung. Als unterstützend erweist sich darüber hinaus die infolge des Deleveraging des Bankensektors in zahlreichen EU-Staaten unverändert eingeschränkte Verfügbarkeit klassischer Darlehen.

Allerdings kränkelt der europäische Markt für Verbriefungen gewaltig: das Neuemissionsvolumen fiel von 819 Milliarden Euro 2008 auf nur noch 216 Milliarden Euro 2014. Als beeinträchtigte diese Entwicklung die Liquidität des Sekundärmarktes nicht schon genug, wurden hiervon lediglich 78 Milliarden Euro öffentlich am Markt platziert. Die verbleibenden 138 Milliarden Euro sind seitens der Banken einbehaltene Kreditverbriefungen, die einzig zu dem Zweck emittiert wurden, um sie bei der Zentralbank als Pfand zu hinterlegen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Liquidität entsprechender Papiere dank des im November 2014 verabschiedeten ABS-Ankaufsprogramms (ABSPP) der Europäischen Zentralbank (EZB) weiter abgenommen hat. Das sich stetig reduzierende Angebot dieser unlängst noch als toxisch verschrienen Wertpapiere führt dazu, dass die Kurse – sehr zur Freude der Investoren – steigen.

Mit einem Volumen von knapp 74 Milliarden Euro liegt der deutsche Verbriefungsmarkt im europäischen Vergleich weit abgeschlagen hinter den Niederlanden (258 Milliarden Euro), Spanien (167 Milliarden Euro) oder Italien (164 Milliarden Euro). Inwiefern die Schaffung der Kapitalmarktunion dies nachhaltig zu ändern vermag, sei dahingestellt; verweisen doch mittlerweile mehr als ein Drittel aller europäischen KMU darauf, dass sie infolge einer hinreichenden Innenfinanzierung aktuell (sprich trotz eines historisch niedrigen Leitzinses) keinen Bedarf an Bankdarlehen hätten. In Deutschland gilt dies für nahezu die Hälfte aller KMU. Offenkundig ist der geldpolitische Transmissionsmechanismus der EZB ins Stocken geraten. Die auf den Zinskanal gesetzten Hoffnungen bleiben weit hinter den Erwartungen zurück. Dies sowie die abnehmende Bedeutung des klassischen Bankkredits als Finanzierungsinstrument KMU wirft die Frage auf, wer von der Kapitalmarktunion profitieren wird. Dies dürften wohl vor allem KMU sowie Banken aus dem südeuropäischen, weniger jedoch aus dem nordeuropäischen Raum sein.

Papier ist bekanntermaßen geduldig. Um der Europäischen Kapitalmarktunion zu einem nachhaltigen Erfolg zu verhelfen, ist die Europäische Kommission gut beraten, ihre Prämissen an der Realität zu justieren. Sonst ist ein weiteres Auseinanderdriften der europäischen Geld- und Kapitalmärkte nicht auszuschließen.

Prof. Dr. Leef H. Dierks,
Professur für Internationale Kapitalmärkte,
Fachhochschule Lübeck

Abwicklungsbanken

Ab jetzt langweilig

Christian Bluhm ist ein Mensch, der Herausforderungen sucht und Probleme lösen will. Hat er dies geschafft, geht es weiter zur nächsten Aufgabe. Dies dürfte auch der Grund sein, warum er am 1. Oktober dieses Jahres sein Amt als Vorstandssprecher der FMS Wertmanagement (FMSW) an Stephan Winkelmeier übergibt. Bei der Bad Bank der ehemaligen Hypo Real Estate sind aus seiner Sicht künftig weniger die strategischen Restrukturierer gefragt, sondern mehr die Überwacher und Verwalter. Dafür sind bei der FMSW künftig schlankere Strukturen und ein neues Zielbild nötig. Allerdings müssen dazu die Portfolios noch ein wenig schrumpfen. Genannt wird ein Zielvolumen von rund 70 Milliarden Euro.

Operativ verlief 2014 für das Haus recht ordentlich. Zum dritten Mal in Folge wurde ein Jahresgewinn ausgewiesen, nach 146 Millionen Euro im Jahre 2013 waren es 2014 rund 370 Millionen Euro. Den Bund als Eigentümer der Bad Bank dürfte es freuen, dass die Verwaltungsaufwendungen im Berichtsjahr um knapp 27 Prozent reduziert werden konnten. Der Abbau der Portfolios kam weiter voran, 2014 wurden sie um knapp 11 Prozent auf 106,3 Milliarden Euro zurückgeführt. Die Bilanzsumme nahm allerdings deutlich weniger (minus 2,2 Prozent beziehungsweise 4 Milliarden Euro) ab.

Verabschiedet hat sich die FMSW von dem ursprünglich verkündeten Ziel, bis 2020 selbst abgewickelt zu sein. Nun ist vor dem Hintergrund der gesetzten Devise, dass „Wertmaximierung vor Abwicklungsschnelligkeit" geht, mit einer deutlich längeren Lebensdauer zu rechnen. Vor allem die Infrastruktur- und Public-Sector-Portfolios haben teilweise Laufzeiten, die über das Jahr 2030 hinausgehen. Was eine vorzeitige Abwicklung eben-

falls behindert, sind die vorhandenen Derivate-Positionen. Die HRE-Gruppe hatte praktisch jede Einzelposition mit einem Derivate-Geschäft abgesichert. Auf diesen Positionen liegen nun erhebliche stille Lasten, die die stillen Reserven der Aktiva deutlich übersteigen. Da am Ende der Derivate-Laufzeiten die entsprechenden stillen Lasten auf null gehen, ist aus Sicht der Gesellschaft ein Festhalten an diesen Positionen ein wertmaximierendes Verhalten.

Für den künftigen Chef wird es genug zu tun geben. Dazu gehören die Durchsetzung einer neuen Struktur für die FMSW, die maßgeblichen Mitarbeiter in einem „langweiligeren" Umfeld zu binden und – als wichtigster Punkt – dem Eigentümer möglichst wenig Probleme und Schlagzeilen zu bereiten. Darüber hinaus gilt es immer wieder, den richtigen Zeitpunkt für den Verkauf von Portfolios zu finden. Käufer dürfte es im Umfeld niedriger Zinsen genug geben, es ist nur eine Frage, welche Belastung sich bei einem Verkauf vor Fälligkeit für den Bund ergibt. Und vielleicht kommt ja noch zusätzliche Arbeit auf die FMSW zu, sollte der Deutschen Pfandbriefbank die eigene Re-Privatisierung doch nicht gelingen. Zumindest gab es 2014 das ein oder andere lockere Gespräch, ob denn das nichtstrategische Value-Portfolio der Pfandbriefbank, das Ende 2014 ein Nominalvolumen von 21,3 Milliarden Euro aufwies, auf die Bad Bank übertragbar sei.

Übrigens: Während sich der Vorstand noch auf der Bilanzpressekonferenz zur angestrebten Privatisierung der hauseigenen FMS Wertmanagement Service GmbH optimistisch geäußert hatte, musste er sich in der ersten Mai-Woche von einem schnellen Verkauf verabschieden. Die Gespräche mit einem möglichen Käufer, mit dem es zuletzt exklusive Verhandlungen gegeben hatte, verliefen erfolglos.

Bankenaufsicht

Übungsmanöver

Wenn neue Strukturen geschaffen werden, lassen sich viele organisatorische Dinge im Voraus planen – von den räumlichen Voraussetzungen bis hin zu den angepeilten Mitarbeiterzahlen und den notwendigen Führungsgremien. In dieser Eingewöhnungsphase haben viele Kreditinstitute und kürzlich auch der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) der seit einem guten halben Jahr laufenden europäischen Bankenaufsicht durch die EZB eine durchaus pragmatische Haltung bescheinigt. Möglicherweise durch den Standortvorteil Deutschland begünstigt bewertet die Verbandsspitze des VÖB ihren Zugang zu den zuständigen Instanzen der EZB gar als besonders gut. Aber im Sinne einer Herausbildung und Weiterentwicklung von effektiven Kommunikationskanälen zwischen der Kreditwirtschaft und der Aufsichtsbehörde plädiert der für 13 der hierzulande direkt von der EZB beaufsichtigten Häuser zuständige Interessenverband nach wie vor für die Schaffung einer neuen Dialogplattform für die mittelgroßen und kleineren Institute (siehe auch ZfgK 1-2015).

In der Tat dürfte es schon der Mehrzahl der direkt beaufsichtigten europäischen Banken schwerfallen, das direkte Gehör der EZB-Aufsicht und der anderen europäischen Instanzen wie der EBA zu finden. Je mehr sich die europäische Aufsicht dann noch dazu berufen fühlt, auch die indirekte Aufsicht über die kleinen und mittleren Banken mit Leben zu erfüllen, umso stärker dürfte der Klärungsbedarf über Zuständigkeiten, Berichtswege und Kommunikationslinien werden. Wie die indirekte Aufsicht über die sogenannten LSIs (Less Significant Institutes), also die weniger bedeutenden Institute, künftig praktiziert werden soll, wird Anfang Juli dieses Jahres eines der Themen des von dieser Zeitschrift begleiteten Bundesbanksymposiums sein. Mögliche Konfliktlinien spiegelt aber schon eine Reaktion wider, mit der der Genossenschaftsverband Bayern dieser Tage deutlich seine Interessenlage abgesteckt hat. Angesichts von jüngsten Äußerungen aus der EZB, sich die deutschen Verbünde näher anschauen zu wollen, zeigt sich Präsident Stephan Götzl überaus irritiert. Er selbst hält die Zuständigkeiten zwischen nationaler und europäischer Bankenaufsicht für klar definiert und sieht ohne konkrete Anlässe und Defizite keinen Grund, die Aufsicht über die Genossenschaftsbanken nicht bei Bundesbank und BaFin zu belassen. Für diese Position reklamiert er offen die Unterstützung der nationalen Aufseher. Wie die Arbeitsteilung zwischen den nationalen und europäischen Aufsichtsbehörden im Segment der LSIs in der Praxis laufen wird, ist offensichtlich noch nicht richtig kommuniziert.

Im nationalen Bereich registriert der VÖB übrigens schon eine erfreuliche Reaktion auf seine Anregung einer Dialogplattform. Demnach pflegen Fachkräfte seiner Mitgliedshäuser auf Arbeitsebene und in wechselnder Konstellation seit einiger Zeit mit Mitarbeitern der europäischen Bankenaufsicht den Austausch über praktische Fragen der Aufsichtsarbeit. Eine praxisbezogene Kommunikation über Netzwerke auf europäischer Ebene wäre ein weiterer Schritt. Und sollten dann eines Tages tatsächlich auch Wege gefunden werden, die Fachkräfte von LSIs und den nationalen Aufsichtsbehörden in einen unkonventionellen Austausch auf Arbeitsebene einzuschalten, wäre das ein ermutigendes Zeichen für die wirkliche Herausbildung einer europäischen Aufsichtskultur.